

Antrag /**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Fahrplan gegen Kinderarmut konkretisieren – Familienleistungen besser zusammenfassen durch Einführung von Servicestellen für Familien**

1 Wir fordern die SPD Berlin und die SPD-Mitglieder der
2 Landesregierung daher auf, eine einheitlich strukturierte,
3 wohnortnahe Servicestelle für alle Familien in allen Bezir-
4 ken zu schaffen, bei der Informationen eingeholt und An-
5 träge gestellt werden können für alle Leistungen für Fami-
6 lien mit Kindern. Gegebenenfalls könnten dort auch Ge-
7 sundheitsberatungen stattfinden. Eine solche Servicestel-
8 le könnte an die in verschiedenen Bezirken bestehenden
9 Familienzentren angegliedert werden.

10

11 Die Ausgestaltung der Servicestellen könnte nach dem
12 Modell der Jugendberufsagenturen erfolgen, so dass z.B.
13 Jugendamt, Sozialamt, Schulamt, Gesundheitsamt, Kin-
14 dergeldstelle und Jobcenter unter einem Label Beratung
15 und Hilfe bei Anträgen anbieten. Die Daten müssen un-
16 tereinander so ausgetauscht werden können, dass eine
17 einzelne Beantragung unterschiedlicher Leistungen ent-
18 fällt und stattdessen eine zusammengefasste Beantra-
19 gung ohne zusätzliche Termine ermöglicht wird. Dies wür-
20 de auch zu einer Eindämmung der Antragsflut beitragen
21 und die Bearbeitungszeiten enorm verkürzen. Gemein-
22 dolmetscher oder Integrationslotsen können die Teams
23 ergänzen.

24

25

26 Begründung

27 Die SPD Berlin hat im Rahmen der Regierungsarbeit be-
28 reits einige ihrer Pläne zur Bekämpfung der Kinderarmut
29 eingelöst. Auch auf Bundesebene sind zuletzt viele Maß-
30 nahmen getroffen und überarbeitet worden, die Familien
31 mit Kindern zugute kommen oder sie werden aktuell ge-
32 plant. Das schätzen und begrüßen wir ausdrücklich.

33

34 Aus Sicht der betroffenen Familien mit niedrigerem Ein-
35 kommen, die auf staatliche Unterstützungen angewiesen
36 sind, um ihren Kindern möglichst viele Chancen auf Ent-
37 wicklung und Entfaltung ihrer individuellen Möglichkei-
38 ten zu eröffnen, bleibt diese Beantragung der einzelnen
39 Leistungen und Hilfen aber immer noch zu unübersicht-
40 lich und schwierig, da auf verschiedene Zuständigkeiten
41 in unterschiedliche Ämter verteilt.

42

43 In Berlin leben rund 173.000 Kinder und Jugendliche in
44 Familien, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen
45 sind (32,2 Prozent). Hinzu kommen noch einmal genau
46 so viele Kinder, deren Eltern keine Grundsicherungsleis-
47 tungen beziehen, die aber dennoch nicht genügend Mit-
48 tel zur Verfügung haben, um ihre Teilhabechancen ausrei-
49 chend wahrzunehmen. Es gibt vielerlei Unterstützungs-

50 Angebote, aber gerade die Familien in Armut nehmen die
51 Angebote nicht ausreichend wahr. Dies liegt auch an den
52 vielfältigen und oft komplizierten Anträgen an verschie-
53 denen Orten und Ämtern.

54 Die mittelfristig geplante Einführung einer Kindergrund-
55 sicherung wäre mit diesem Konzept ebenfalls gut zu ver-
56 knüpfen.

57

58 Berlin kann hier mit einem Modellprojekt Vorreiter wer-
59 den und so mit den jetzt bereits umgesetzten guten Infra-
60 strukturverbesserungen für eine Kindergrundsicherung
61 vorarbeiten, um zu einer herausragend familienfreundli-
62 chen Metropole zu werden. Die schon angebotenen Leis-
63 tungen würden von allen Familien viel eher wahrgenom-
64 men werden, die Hemmschwelle für die Beantragung
65 würde deutlich gesenkt, so dass viel mehr der bedürftigen
66 Kindern in den Genuss der ihnen zustehenden Leistungen
67 kämen.